

## **Vorwort**

Am Beginn des neuen Jahrtausends zählen für die sich weiterentwickelnde Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union die Stabilisierung des westlichen Balkans sowie der östlichen Instabilitätszone Russland-Ukraine-Baltikum zu den zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Obwohl die Probleme in diesen Regionen sehr unterschiedlicher Natur sind, können doch auch Parallelen konstatiert werden: So spielen in beiden Regionen Nationsbildungsprozesse nach dem Zerfall von Vielvölkerstaaten (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, Sowjetunion) sowie daraus resultierende interethnische Spannungen und Konflikte eine wichtige Rolle.

Die Beiträge im ersten Teil dieses Sammelbandes behandeln die noch offenen Konflikte im südslawisch-albanischen Raum. Einige Autoren sprechen die bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen der Internationalen Gemeinschaft in der Konfliktregion an. Auch fast sechs Jahre nach der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens durch die bosnischen Konfliktparteien und zwei Jahre nach der Einsetzung der UNO-Übergangsverwaltung im Kosovo zeichnet sich noch kein Ende der ethnischen, ordnungspolitischen und territorialen Konflikte im westlichen Balkan ab. Hindernisse für eine dauerhafte Stabilisierung dieser Region sind sowohl weiter bestehende Konfliktpotentiale in Bosnien-Herzegowina, das immer stärker die Züge eines de facto-Protectoratsgebietes annimmt, als auch die ungelöste albanische Frage mit ihren Hauptkonflikttherden Kosovo und Mazedonien. Offen ist auch, ob trotz der im Herbst 2000 vollzogenen politischen Wende in Belgrad die ordnungspolitischen und interethnischen Probleme in der Bundesrepublik Jugoslawien auf friedlichem Wege gelöst werden. In diesem Zusammenhang stellt sich nicht nur die Frage nach dem zukünftigen Status des Kosovo, sondern auch nach der weiteren Zugehörigkeit Montenegros zu Jugoslawien.

Der Beitrag von Wolf Oschlies (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) ist eine Bestandsaufnahme der Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien nach dem Sturz von Slobodan Milošević. Der Verfasser kommt darin zum Schluss, dass Serbien trotz großer Defizite im sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bereich infolge der autoritären Herrschaft im vergangenen Jahrzehnt die Voraussetzungen hat, ein Stabilitätsfaktor in Südosteuropa zu werden. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang jedoch eine großzügige Unterstützung der neuen politischen Elite in Belgrad durch die Internationale Gemeinschaft.

Der bisherige Verlauf des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina wird in den Beiträgen von Marie-Janine Calic (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) und Radovan Vukadinović (Politikwissenschaftliche Fakultät der Universität Zagreb) analysiert. Beide Wissenschaftler kommen dabei zum Schluss, dass es zum Abkommen von Dayton mit all seinen Schwächen kein sinnvolles Gegenkonzept gibt. Als wichtige Bedingung für eine Stabilisierung des aus zwei Entitäten bestehenden bosnisch-herzegowinischen Staates führt

Calic allerdings die Abkehr der Internationalen Gemeinschaft vom bisherigen Protektoratskonzept an. So soll den ehemaligen Konfliktparteien in Bosnien-Herzegowina stärker als bisher die Möglichkeit zu einer "Selbstregulierung" gegeben werden. Dies würde bedeuten, dass möglichst viel Verantwortung an die bosnischen Eliten rückübertragen wird. Nach Ansicht von Vukadinović würde hingegen vor allem eine vollständige Demilitarisierung Bosnien-Herzegowinas und die damit verbundene Auflösung der drei ethnisch definierten Armeen zur Stabilisierung beitragen.

Bei seiner Beurteilung der Lösungsmöglichkeiten für das Kosovo-Problem spricht sich Stefan Troebst (Geisteswissenschaftliches Zentrum für die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Leipzig) für die Durchführung einer Kosovo-Konferenz aus, bei der auch die Option einer unabhängigen Republik Kosova sowie ein möglicher Gebietstausch zwischen Serbien und dem Kosovo berücksichtigt werden sollten. Jens Reuter (Center for Democracy, Thessaloniki) schließt ebenso wie Troebst die Reintegration des Kosovo in den jugoslawischen Staat in Form einer Autonomielösung (gemäß der UNO-Resolution 1244) als unrealistische Option aus, meint jedoch, dass die Staatengemeinschaft auf unabsehbare Zeit danach trachten wird, den "stabilen Schwebestand" im Kosovo und damit den territorialen Status quo im Konfliktraum aufrechtzuerhalten.

Die fragile interethnische Balance in Mazedonien thematisiert Predrag Jureković (Militärwissenschaftliches Büro des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wien). Sein Beitrag behandelt die Hintergründe und den Verlauf der Krise in Mazedonien im Frühjahr 2001, die durch die Radikalisierung der interethnischen Beziehungen zwischen der slawomazedonischen Volksgruppe und den ethnischen Albanern sowie durch das Auftreten einer neuen albanischen Guerilla ausgelöst wurde.

In seinem Beitrag über die wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen im westlichen Balkan vertritt Vladimir Gligorov (Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien) die These, dass durch das bisherige ökonomische Stabilisierungskonzept des Westens für die Konfliktbereiche Südosteuropas weder eine nennenswerte Verbesserung der ökonomischen Lage noch eine Stabilisierung der Sicherheitslage erreicht wurde.

Von dieser Lagebeurteilung leitet sich die Frage ab, ob für die Internationale Gemeinschaft die Notwendigkeit besteht, ihre Politik gegenüber dem Balkan neu zu formulieren. Nach Ansicht von Erich Reiter (Beauftragter für Strategische Studien im Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien) ist die "Balkanfrage" nach wie vor offen. Die Politik des Westens, insbesondere der EU, sei zur Identifizierung der noch offenen Probleme ebenso herausgefordert wie zu deren Lösung im Sinne der Erzielung dauerhafter Stabilität. Dies müsse auch dazu führen, dass der bisher als "unantastbar" geltende Grundsatz der Unveränderbarkeit der Grenzen überdacht wird.

Den zweiten Teil dieses Sammelbandes, der die sicherheitspolitische Entwicklung in Russland, der Ukraine und den baltischen Staaten zum Inhalt

hat, leitet der deutsche Osteuropa-Experte Hannes Adomeit (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) mit seinem Beitrag über die russische Außen- und Sicherheitspolitik unter Wladimir Putin ein. Adomeit beschreibt den russischen Präsidenten Putin als einen Politiker, für den im Unterschied zu seinem Vorgänger Boris Jelzin sicherheitspolitische Belange von zentraler Bedeutung sind und der über einen ausgeprägten Ordnungs- und Durchsetzungswillen verfügt. Als Beispiel für diese These führt Adomeit die Haltung Putins im zweiten Tschetschenien-Krieg an, wo den russischen Sicherheitskräften "freie Hand" gewährt wurde. Nach Einschätzung Adomeits ist Putins Verhältnis zum Westen im Vergleich zur Haltung Jelzins in der Endphase seiner Ära von größerem Pragmatismus und mehr Flexibilität gekennzeichnet. Dies sei für den Westen insofern vorteilhaft, als diese pragmatische Grundeinstellung Putins die Chancen für eine Normalisierung des Verhältnisses Russlands zu den USA und zur NATO vergrößert. Andererseits müsse aus westlicher Sicht damit gerechnet werden, dass Russland unter Putin seine nationalen Interessen "geschickter und wirksamer" als früher vertreten wird.

Die schwierige geopolitische Lage der Ukraine zwischen der westlichen und der russischen Einflusssphäre ist der Themenschwerpunkt in drei Beiträgen dieses Sammelbandes. Der ukrainische Historiker Jurij Arabskij setzt sich in seinem Beitrag mit den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU auseinander. Arabskij nennt als außenpolitisches Hauptziel der Ukraine den Beitritt zur EU. Die geringe Beachtung der Ukraine im Westen habe deshalb bei den pro-europäischen Politikern des Landes große Enttäuschung hervorgerufen. Nach Einschätzung des ukrainischen Historikers sei die Eröffnung einer Beitrittsperspektive zur EU für die Ukraine vor allem aus zwei sicherheitspolitischen Gründen notwendig: Erstens könnte die unzureichende Aufmerksamkeit der EU für die Ukraine sowohl in Kiew wie auch in Moskau dahingehend interpretiert werden, dass die EU nichts dagegen hat, wenn die Ukraine im Einflussbereich Russlands bleibt bzw. dorthin zurückkehrt. Zweitens würde die Eröffnung einer Beitrittsperspektive sehr wesentlich dazu beitragen, die innen- wie außenpolitisch noch keineswegs unumstrittene Unabhängigkeit der Ukraine zu sichern.

Die spannungsreichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland werden in zwei Beiträgen angesprochen. Anatolij Pavlenko (ukrainische Marineluftwaffe) und Martin Malek (Institut für Internationale Friedenssicherung, Wien) weisen in ihrem gemeinsamen Aufsatz über die russisch-ukrainischen Beziehungen aus ukrainischer Sicht darauf hin, dass es heute in der Ukraine Befürchtungen gibt, die Unabhängigkeit zu verlieren oder in eine solche Abhängigkeit von Russland zu gelangen, dass niemand mit ihr als einem eigenständigen Subjekt der internationalen Beziehungen rechnet. Nach Meinung der Verfasser kann die Ukraine ihre nationale Sicherheit am zuverlässigsten durch den Anschluss an ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit und die Stärkung der Beziehungen zu den GUS-Staaten bei gleichzeitiger Schaffung eines eigenen zuverlässigen Systems der

militärischen Sicherheit garantieren. Pavlenko und Malek sprechen sich für einen neutralen Status der Ukraine aus. Dieser könnte die Widersprüche zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen wenn nicht aufheben, so aber doch mildern und böte darüber hinaus die Handhabe, den russischen Druck zur Teilnahme an der militärischen "Integration" in der GUS zur bilateralen militärischen Kooperation zu reduzieren. Arkady Moshes (Europainstitut der Akademie der Wissenschaften, Moskau) gibt in seinem Beitrag die russische Sicht der russisch-ukrainischen Beziehungen wieder. Das größte Hindernis für spannungsfreie Beziehungen zwischen Moskau und Kiew sind nach Ansicht des russischen Politologen die "NATO-freundlichen Gefühle" der ukrainischen Führung. Moshes deklariert sich als Befürworter eines mehr oder weniger "harten" russischen Kurses gegenüber der Ukraine. Durch politischen und ökonomischen Druck soll eine "verstärkte Berücksichtigung russischer Interessen" in der Politik Kiews erreicht werden. So bezeichnet Moshes die russischen Bestrebungen, die Ukraine als Transitland für Gas zu umgehen, offen als "Herausforderung für die Souveränität der Ukraine".

Anton Vushkarnik (Zweite Europa-Abteilung des russischen Außenministeriums) schließt den Sammelband mit einem Beitrag über die russische Baltikumpolitik. Nach dem Abzug der russischen Truppen aus den baltischen Staaten bestimmen der Status der russischsprachigen Bevölkerungsteile, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die sicherheitspolitische Orientierung der baltischen Staaten die russisch-baltischen Beziehungen. Ähnlich wie Moshes stellt auch Vushkarnik bei der Beurteilung der Außenpolitik Moskaus den Aspekt der Wahrung russischer nationaler Interessen in den Vordergrund. Eine Entspannung in den Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten wird vor allem von einer Verbesserung der aus Moskauer Sicht schlechten Lage der russischen Minderheiten abhängig gemacht. Die Bemühungen der baltischen Staaten um einen NATO-Beitritt werden als Bedrohung für die nationalen Interessen Russlands wahrgenommen.

Sektionschef HonProf. DDr. Erich REITER  
Beauftragter für Strategische Studien  
im Bundesministerium für Landesverteidigung (Wien)

Dr. Martin MALEK  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Internationale Friedenssicherung  
im Bundesministerium für Landesverteidigung (Wien)

Mag. Predrag JUREKOVIĆ  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Militärwissenschaftlichen Büro  
des Bundesministeriums für Landesverteidigung (Wien)